

Einige Bundesländer wehren sich gegen die bundesweite Einführung der neuen Wertstofftonne

FDP: „Rot-grün soll Blockade aufgeben“

Das neue Abfall- und Recyclinggesetz, mit dem der Weg für die bundesweite Einführung einer Wertstofftonne bereitet werden soll, steht auf der Kippe. Die FDP fordert von den rot-grün regierten Ländern ein Ende ihrer Blockade gegen das Gesetz, mit dem mehr Müll wiederverwertet werden soll. „Ich verstehe besonders die Grünen nicht, weil es hier nicht um Besitzstandswahrung gehen sollte, sondern darum, dass man durch höhere Recyclingquoten auch ökologisch bessere Ergebnisse erzielt“, sagte der zuständige FDP-Umweltpolitiker Horst Meierhofer.

Bei dem Gesetz geht es darum, unter welchen Umständen private Anbieter künftig bei gewerblichen Wertstoffsammlungen den Zuschlag bekommen. Da das Ganze angesichts knapper werdender Rohstoffe ein Milliardenmarkt ist, streiten Kommunen und private Entsorger seit Monaten um die Zugriffsrechte. Der Bundesrat stoppte im November das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz. Wegen der immer noch großen Differenzen ist laut Meierhofer eine Einigung derzeit fraglich.

EU droht Deutschland bei Abfallrichtlinie

Bis Februar soll im Vermittlungsausschuss eine Lösung gefunden werden. Er warf SPD und Grünen vor, kommunale Monopole schaffen zu wollen, statt den Wettbewerb für private Anbieter stärker zu öffnen, die das Recycling stark vorangebracht hätten. „Wir fürchten natürlich auch, dass das europarechtlich problematisch sein könnte, weil die Abfall-Rahmenrichtlinie eigentlich mehr Wettbewerb vorsehen sollte“, betonte Meierhofer. Wenn künftig das Papier verstärkt abgeholt und Bringsysteme abgelöst würden, dann werde auch definitiv mehr gesammelt, so Meierhofer. „Das



Müll auf einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage.

FOTO DAPD

führt zu höheren Sammelquoten, wird für den Verbraucher nicht teurer und ist auch ökologisch besser.“

Der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) wies die Kritik zurück. Der Regierung gehe es mit dem Gesetz darum, dass die privaten Unternehmen sich bei den Abfällen die Rosinen herauspicken können. „Die würden sich auf die Wertstoffe und lukrative Gebiete stürzen, während für die Städte und Gemeinden nur noch der teurer zu ent-

sorgende Restabfall übrig bleibt“, so Remmel. Die FDP verfolge „hier einmal mehr die Strategie „Privat vor Staat“.“

Unterdessen droht die EU-Kommission Deutschland wegen der Nicht-umsetzung der sogenannten Abfallrichtlinie mit einem Vertragsverletzungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof. Die Kommission bemängelt nach eigenen Angaben, dass Deutschland die 2008 beschlossene Richtlinie immer noch nicht in nationales Recht umgesetzt habe. Dies hätte

bis zum 12. Dezember 2010 geschehen müssen. Auch nach einer förmlichen Erinnerung vom Januar 2011 sei das deutsche Gesetz immer noch nicht beschlossen worden.

Umweltkommissar Janez Potocnik wurde beauftragt, eine „mit Gründen versehene Stellungnahme“ an die Bundesregierung zu schicken. Wenn Berlin darauf nicht zufriedenstellend antwortet, kann die Kommission die Bundesregierung vor dem höchsten EU-Gericht in Luxemburg verklagen.

Dabei kann die Kommission auch die sofortige Verhängung millienschwerer Zwangsgelder gegen Deutschland beantragen.

Außer Deutschland haben auch zwölf andere EU-Staaten die Abfallrichtlinie noch nicht umgesetzt und müssen ebenfalls mit Klagen rechnen. In der EU fallen jedes Jahr drei Milliarden Tonnen Abfall an, die Tendenz ist steigend. Die Richtlinie sieht genaue Vorschriften für den Umgang mit Abfällen und die Erstellung von Abfallbewirtschaftungsplänen vor. > DPA

Neuer Bundeswettbewerb ist gestartet

Sanierung plus Recycling

Startschuss auf der Wartburg – der bundesweite Wettbewerb „Umweltgerechte Modernisierung“ geht in die zweite Runde. Er hat das Ziel, so die Rewindo Fenster-Recycling-Service, beispielhafte Projekte der energetischen Sanierung zu ermitteln, die über erfolgreiche Konzepte der Energieeinsparung hinaus auch den Aspekt der Nachhaltigkeit beinhalten. Exemplarisch werde dies unter anderem am werkstofflichen Recycling der bei der Modernisierung anfallenden PVC-Altfenster festgemacht.

Dieses Jahr richte er sich nicht nur an die Wohnungswirtschaft, sondern beziehe auch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude mit ein. Ferner seien erstmals die Fensterbauunternehmen

direkt in Gestalt eines Sonderpreises angesprochen. Der Wettbewerb laufe bis zum 15. November 2013. Teilnahmeberechtigt seien alle Wohnungsunternehmen und Besitzer öffentlicher Gebäude, die während der Laufzeit bei einem Projekt mit Fensteraustausch die ausgebauten PVC-Altfenster über das werkstoffliche Rewindo-Recyclingsystem in die Wiederverwertung gelangen lassen.

Darüber hinaus könnten sich die ausführenden Fensterbauunternehmen auch direkt für den erstmals ausgelobten Sonderpreis bewerben. > BSZ

Interessenten sollten sich per E-Mail melden bei: info@rewindo.de oder agpu@agpu.com

Neues Kreislaufwirtschaftsgesetz sichert kommunale Erbhöfe

Fairer Wettbewerb wird verhindert

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) äußert sich enttäuscht über den jetzigen Beschluss des Vermittlungsausschusses zum neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz. Insbesondere die im Vermittlungsausschuss gefundene neue Formulierung zur gewerblichen Sammlung ist aus Sicht der privaten bayerischen Entsorgungswirtschaft nicht europarechtskonform.

Bis zuletzt waren die Regelungen zur gewerblichen Sammlung am meisten umstritten. Nun soll nach dem Beschluss des Vermittlungsausschusses in Zukunft gelten: Möchte ein privates Entsorgungsunternehmen gegen den Willen der Kommune eine gewerbliche Sammlung durchfüh-

ren, so muss diese „wesentlich leistungsfähiger“ als das bestehende oder geplante kommunale Sammelsystem sein. Dass das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz einer Kommune selbst dann die Möglichkeit zur Untersagung gewerblicher Sammlungen einräumt, wenn diese kein hochwertiges Erfassungssystem anbietet, steht im völligen Widerspruch zum stets proklamierten Weg hin zur angestrebten Recycling-Gesellschaft. Bedauerlicherweise hat es für große Teile der Politik offenbar Vorrang, kommunale Monopolstrukturen vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Der Bundesregierung ist es somit nicht gelungen, die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, Überlas-

sungspflichten nicht auszuweiten und gewerbliche Sammlungen nicht weiter einzuschränken, im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz umzusetzen.

Interessant wird, ob die EU-Kommission die neue Regelung als Verletzung der Warenverkehrs- und Wettbewerbsfreiheit einschätzt. „Wir begrüßen die Ankündigung unseres Bundesverbandes BDE, unmittelbar nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Beschwerde bei der EU-Kommission einzulegen. Wir sind der Überzeugung, dass die Einschränkung der gewerblichen Sammlung nicht europarechtskonform ist und daher am Ende auch nicht Bestand haben wird“, kommentiert VBS-Präsident Otto Heinz. > BSZ

Ausgediente Handys und Rasierer wiederverwerten

Elektro-Kleingeräte per Post entsorgen

Die Alba Group aus Berlin ist exklusiver Partner der Deutschen Post für die fachgerechte Verwertung von Elektro-Kleingeräten aus Privathaushalten. Die Unternehmensgruppe für Recycling und Rohstoffrückgewinnung und die Post haben sich unter dem Projektnamen „Electroreturn“ für zu nächst ein Jahr auf eine gemeinsame Recyclingkooperation verständigt, so das Recycling Magazin.

Verbraucher können unter www.deutschepost.de/de/electroreturn.html ein kostenloses Versandetikett herunterladen und damit portofrei ihre ausgedienten Handys und andere Elektro-Kleingeräte, die in einen (Maxi)-Briefumschlag passen, wie bei-

spielsweise Rasierer, ins Recycling geben. Einfach in den nächsten Briefkasten geworfen, gehen diese Umschläge dann zur Alba R-plus GmbH, der Elektronikschrott-Recycling-Spezialistin innerhalb der Alba Group. An deren Standort in Lustadt (Rheinland-Pfalz) werden die Geräte in eigenen, behördlich kontrollierten Anlagen aufbereitet und umweltfreundlich recycelt, informiert die Alba-Gruppe.

„Viele alte Handys landen heute leider noch immer im Müll und damit in der Verbrennung. Über Electroreturn können die Geräte wiederverwertet und die Rohstoffe recycelt werden. Ein deutliches Plus für die Umwelt – im Hin-

blick auf Ressourcen- und Klimaschutz“, so Manfred Fahrner, Elektronikschrott-Experte der Alba Group. Ingo Bohlken, Chief Marketing Officer Brief Deutschland der Deutschen Post, unterstreicht: „Wir verstehen Umweltschutz als Teil unserer Unternehmensverantwortung und verfolgen das Ziel, unseren Kunden umweltfreundliche Lösungen anzubieten und sie dabei zu unterstützen, ihre eigenen Umweltziele zu erreichen. Electroreturn ist hierfür ein gutes Beispiel. Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der Alba Group, wollen wir die Leistung stärken und für unsere Kunden noch attraktiver machen.“ > BSZ

Info-Veranstaltung zum Thema Baustoff-Recycling

Der Einsatz von Recyclingbaustoffen in Bayern erfordert die Beachtung verschiedenster Regelwerke. Zu nennen sind hierzu für den Bereich des staatlichen Straßenbaus die Technischen Regelwerke TL SoB-StB 04 und TL BuB E-StB 09 in Verbindung mit den zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZTV SoB-StB 04 und ZTV E-StB 09). Für den privaten, gewerblichen und kommunalen Straßen-, Wege- und Verkehrsflächenbau, den Hoch-, Tief und sonstigen Erdbau sind die Bestimmungen des Leitfadens „Anforderung an die Verwertung von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken in Bayern“ zu beachten.

Abgestimmt auf den beabsichtigten Anwendungszweck und dem jeweiligen Einbauort sind jeweils Anforderungen an die bautechnischen Eigenschaften und die Umweltverträglichkeit der Recyclingbaustoffe zu erfüllen sowie verschiedene Einbaukriterien einzuhalten. Die gemeinsame Basis aller Regelungen ist ein Qualitätssicherungssystem, bestehend aus Eignungsprüfung, Werkseigener Produktionskontrolle (WPK) und Fremdüberwachung.

In seinen „Richtlinien für die Anwendung und Güteüberwachung von mineralischen Ersatzbaustoffen in Bayern“ hat der Baustoff Recycling Bayern e.V. die unterschiedlichen Anforderungen kompakt und übersichtlich zusammengefasst. Unternehmen, die die in den Richtlinien beschriebenen Anforderungen erfüllen, erhalten ein entsprechendes Produktzertifikat.

Das Zertifikat dokumentiert die erfolgreiche Qualitätssicherung, schafft Vertrauen und erhöht die Akzeptanz von Recyclingbaustoffen.

Bei den aufbereitenden Unternehmen, den Verwaltungsbehörden und bei potentiellen Anwendern in der Bauwirtschaft besteht aber nach wie vor ein großes Informationsdefizit zu dieser Thematik. Deshalb hat der Baustoff Recycling Bayern e.V. im Herbst 2011 eine Qualitätsoffensive Recyclingbaustoffe gestartet. Seitdem wurden nahezu 350 Exemplare der o.g. Richtlinien ausgehändigt. In zwei Seminarreihen zum Thema „Grundkurs Güteüberwachung“ beschäftigten sich bereits 160 Teilnehmer intensiv mit den gesetzlichen Grundlagen, der Organisation und der Durchführung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung sowie der qualitätsorientierten Aufbereitung, Güteüberwachung und Zertifizierung von Recyclingbaustoffen.

Am Mittwoch, 15. Februar 2012 findet in Regensburg das bayerische „Baustoff Recycling Forum 2012“ statt, das sich u.a. auch mit der Thematik „Qualitätssicherung“ befassen wird. Weitere Veranstaltungen sind geplant. Außerdem stehen Referenten interessierender Organisationen, Behörden, Betrieben für Vorträge, Seminare und Diskussionen auf Anfrage gerne zur Verfügung. > BSZ

Recycling-Baustoffe aus Bayern -
der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!



**BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN**

Teilnehmer am
**UMWELT
PAKT
BAYERN**

www.baustoffrecycling-bayern.de